



EUROPÄISCHE SENIOREN UNION (ESU)

EUROPEAN SENIORS' UNION (ESU)

ESU-Newsletter SENIOR INTERNATIONAL Nr. 151 (deutsch) September 2017

Führungsgremium der EVP/EPP in Kopenhagen



Die ESU-Repräsentanten - Präsidentin em. Prof. Dr. An Hermans und Generalsekretär Guido Dumon – setzten sich in Kopenhagen für die Einbeziehung der älteren Bürger in politische Entscheidungen ein.

Die Politische Versammlung /Political Assembly der Europäischen Volkspartei EVP/EPP hat sich am 4. und 5. September mit der aktuellen politischen Situation in Europa befasst und die nächsten Schritte beraten. Schwerpunkte der Redebeiträge von Politikern aus Dänemark, Schweden, Österreich, Belgien und anderen Staaten bildeten: Migration, Sicherheit und Agrarpolitik. Den Repräsentanten der EVP-Mitgliedsparteien aus ganz Europa ging es vorrangig um die besonderen Herausforderungen, denen sich einige Länder und Europa insgesamt durch die Migrantenströme unserer Tage ausgesetzt sehen. Die Debatte wurde vom Stellv. EVP-Generalsekretär Christian Kremer geleitet. Die EVP bekräftigte ihr Ziel, für

die unbedingte Wahrung der Menschenrechte und die Offenhaltung der Grenzen innerhalb der EU mit Entschiedenheit einzutreten.

Beschlossen wurde der Finanzplan für eine ad-hoc- Arbeitsgruppe zu aktuellen Themen der Gemeinsamen Agrarpolitik wie Lebensmittelsicherheit, Klimawandel, erneuerbare Energien und Tierschutz. Die Repräsentanten der Europäischen Senioren Union - Präsidentin An Hermans und Generalsekretär Guido Dumon - hoben die aktive Rolle vieler Seniorinnen und Senioren in den Zivilgesellschaften ihrer Länder hervor und forderten ihre vollständige Einbeziehung in politische Entscheidungen und Handlungen. An Hermans setzte sich nachdrücklich für die Nutzung sozialer Medien und anderer moderner Kommunikationsmethoden durch ältere Bürger ein. Nötiger denn je – so die ESU-Präsidentin – sei, dass Politiker den direkten, persönlichen Kontakt zu ihnen pflegen. „Senioren wollen, dass ihre Stimme gehört wird“.

Brüssel: An Hermans kondoliert

Die Führung der Europäischen Senioren-Union fühlt mit den Opfern der Terroranschläge in Spanien und ihren Hinterbliebenen. In Schreiben an die Vorsitzende der Nationalen Kommission älterer Bürger der Partido Popular und ESU- Vizepräsidentin, Carmen Quintanilla Barba (Madrid,) und an die Leitung des Katalonischen Seniorenverbandes Unio de la Gent Gran (UDC) (Barcelona) sprach die ESU-Präsidentin den Angehörigen der Opfer und dem spanischen Volk das tief empfundene Beileid der ESU aus. Sie verurteilte jegliche Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele.



Repräsentanten der beiden ESU-Mitgliedsverbände aus Spanien Anfang Juli in Wien mit An Hermans, Dr. Marilies Flemming und Guido Dumon

Griechenland: Senioren der Nea Demokratia mahnen

Den Gästen der Wiener ESU-Sommerakademie („SI“ berichtet in Nr. 150 ausführlich) lagen mehrere „Länderberichte“ vor. Für Maria Kanellopoulou, Ehrenpräsidentin der ESU und Vorsitzende des Seniorenbundes der Partei Nea Demokratia, sind die Ursachen für die Krise Europas hausgemacht und erforderten deshalb auch eine Lösung durch Europa selbst.

Von der EU fordert sie mehr Anstrengungen zur finanziellen Ausstattung der Bürger und Sicherung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen. Sie spricht sich für einen Sonderfonds für Senioren aus, deren Heimatländer in finanzielle Probleme geraten sind. Es sollte den EU-Mitgliedsregierungen künftig nicht mehr erlaubt sein - wie in Griechenland geschehen-, dass Senioren wie im Schlachthaus „ausgenommen“, unter die Armutsgrenze gebracht werden und mit ihren schmalen Pensionen auch noch für die Begleichung der Staatsschulden aufkommen müssen. Europa sei gut beraten, sich seiner langen und wertorientierten Geschichte bewusst zu werden. „Europa muss seine Arme für all seine „Kinder“ öffnen – ohne Unterscheidung von Arm und Reich, Stark oder Schwach, Nord oder Süd.“ Dies - so stellt die Ehrenpräsidentin abschließend fest – ist „der Weg, um die bedeutenden Werte des Christentums sowie der europäischen Kultur und Geisteshaltung zu bewahren und zu befördern“.



„Familienfoto“ von der ESU-Sommerakademie für Führungskräfte in Wien

Berlin: Erdogan die Stirn bieten!

Die EU sollte sich vom türkischen Präsidenten nicht länger provozieren lassen, forderte Prof. Dr. Otto Wulf, Vorsitzender der CDU-Senioren-Union. Angesichts fortwährender Menschenrechtsverletzungen und des Vorgehens gegen unliebsame Kritiker sollte auch erwogen werden, EU-Beitrittsverhandlungen auszusetzen. (nach Pressemitteilung v. 21. August)

Neuzelle: Mönche kehren zurück

In Neuzelle in Brandenburg (DE) wird das klösterliche Leben fortgeführt. Nach exakt 200 Jahren zogen Ende August die ersten vier Zisterzienser-Mönche in das kath. Pfarrhaus ein. Sie kamen vom Stift Heiliges Kreuz in Österreich. Unter den Ankömmlingen ist dessen bisheriger Prior, Simeon Weste. Im Jahre 1817 mussten die damals letzten Mönche Neuzelle verlassen, da der preußische Staat das Kloster säkularisiert hatte. Gegründet worden war das Kloster bereits im 13. Jahrhundert. Die katholische Kirche in Neuzelle gilt als „Barockwunder Brandenburgs“. Am Rande des Klostergeländes steht eine evangelische Kirche, in der – einer Meldung des regionalen Fernsehens zufolge – in einem ökumenischen Gottesdienst am Tag des Reformationsjubiläums (31. Oktober) die Predigt von einem Mönch gehalten wird. Beide Gotteshäuser und ihre Umgebung in Odernähe haben in den letzten Jahren eine umfassende Renovierung bzw. gärtnerische Gestaltung erfahren, die höchsten Ansprüchen genügt.



Bürgermeister Dietmar Baesler begrüßt seine neuen Bürger traditionsgemäß mit Brot und Salz

Potsdam: 25 Jahre Senioren-Union

In Anwesenheit prominenter Persönlichkeiten der brandenburgischen CDU mit Ingo Senftleben und ihrer Senioren-Union mit Ingo Hansen an der Spitze gedachte die Senioren-Union Potsdam am 13. August ihres 25jährigen Bestehens. Ihr Vorsitzender Dr. Friedrich Donepp hatte dazu den Redakteur dieses Newsletters eingeladen, der sich in seiner Festrede für die Belebung der Kontakte der CDU und der Senioren-Union Brandenburgs zu den polnischen Nachbarn aussprach. Des Weiteren meinte er, dass die „Gliener Brücke“ zwischen Potsdam und (West)Berlin den Zusatz „Brücke der Einheit“ verdient hätte.

Ganz im Gegenteil zu ihrem zu DDR-Zeiten so lautenden Namen war sie jahrzehntelang neben dem Brandenburger Tor in Berlin ein markantes Symbol der Spaltung Deutschlands. Wer sich der Brücke auch nur näherte, musste mit Verhaftung rechnen.

Die CDU Berlins und Brandenburgs erinnerten am diesjährigen 13. August vor der Brücke mit etwa 100 Bürgern an den Tag des Mauerbaus vor 56 Jahren und bekannten sich zu Frieden, Freiheit und Stärkung der Demokratie. Die Brücke überspannt die Havel und kann seit 10. November 1989 wieder gefahrlos überquert werden. Sie verbindet Stätten des UNESCO-Weltkultur- und -Naturerbes und ist zu einem Touristenmagnet geworden.



Aufmerksamkeit erweckt bei Passanten bis heute diese Tafel zur Erinnerung an die verhängnisvolle Zeit des Kalten Krieges in Europa.



Die Glienicker Brücke, die von barocken Kolonnaden flankiert wird, war mehrmals Schauplatz von Agentenaustauschen zwischen Ost und West.

Kraków: UNESCO erweitert die Erbeliste

Auf ihrer 41. Session nahm das UNESCO-Komitee Mitte Juli in Kraków (Polen) 21 Objekte in die Liste des Kultur- und Naturwelterbes auf. Es sind dies u.a. die subarktische Agrarlandschaft Kujataa (**Dänemark**), die Höhlen- und Eiszeitkunst im Schwäbischen Jura (ein Höhenzug in **Deutschland**), Teile des Ortes Taputapuatea (**Franz.-Polynesien**) sowie Venetianische Befestigungssysteme in **Italien, Kroatien und Montenegro**. Der 1996 bestätigte Welterbestatus „Bauhaus und seine Stätten in Weimar und Dessau“ (**DE**) wurde um den Bau einer Schule in Bernau bei Berlin und fünf Laubenganghäuser in Dessau-Roßlau erweitert. Die Entscheidung zum Dom in Naumburg (Sachsen-Anhalt) ist vertagt.

Wien muss mit der Aberkennung seines Status rechnen: Am Heumarkt ist ein 66 m hoher Wohnturm geplant, der das Erscheinungsbild der historischen Innenstadt beeinträchtigt, heißt es von der UNESCO. Das Gebäude dürfe höchstens 43 m hoch werden.

Polen wurde aufgefordert, die Abholzung jahrhundertealter Bäume im Urwald von Bialowieza, der teilweise als UNESCO-Naturerbe gilt, unverzüglich zu beenden. Die EU kündigte aus gleichem Anlass eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof an.

Senioren werben um Wählerstimmen...

...für die Parlamente in Norwegen, Deutschland, Österreich und Tschechien

Die Norweger sind aufgerufen, am 11. September ein neues Parlament, den Storting, neu zu wählen. Wie der Vorsitzende des Seniorenbundes der regierenden Konservativen Partei Hoyre, Sverre Mauritzen, mitteilt, engagieren sich seine Mitglieder für die Fortsetzung der von Erna Solberg geführten Regierung, der auch die Progress Party angehört. Mit den Christlichen Demokraten und den Liberalen bestehen Vereinbarungen über die Zusammenarbeit. Zum voraussichtlichen Wahlergebnis könne derzeit noch keine Aussage getroffen werden, erklärte Mauritzen, dessen Seniorenverband Mitglied der ESU ist. Für ein Votum zugunsten der Hoyre spricht ihre Reformfreudigkeit, mit der sich das wirtschaftliche Leben nach dem Verfall des Ölpreises erholt hat.

Um Wählerstimmen für die Wahlen zum **Deutschen Bundestag** am 24. September werben 42 Parteien. Chancen zum Einzug in das Parlament werden eingeräumt: der Union (CDU und CSU) mit der Spitzenkandidatin Dr. Angela Merkel und der Sozialdemokratischen Partei SPD unter Martin Schulz (die seit 2013 gemeinsam die Regierung bilden), dem Bündnis 90/Die Grünen, der Partei Die Linken, den Freien Demokraten FDP und – erstmals – der rechtspopulistischen Alternative für Deutschland AfD. Der Union ist die Unterstützung durch die Senioren der CDU und CSU gewiss. Prof. Dr. Otto Wulff, Vorsitzender der CDU-Senioren, und andere Seniorenpolitiker sind in vielen Gegenden des Landes als Redner unterwegs. Für den 15. September ist in Berlin eine Vortrags- und Diskussionsveranstaltung mit der Stellv. Vorsitzenden Christa Thoben, Prof. Dr. Wolfgang Kruse und anderen zum Thema „Zukunft des Alters – Alter in der Zukunft“ angekündigt.

Für das österreichische Parlament, den Nationalrat, kandidieren am 15. Oktober mit Erfolgsaussichten die Sozialdemokratische Partei SPÖ und ihr derzeitiger Koalitionspartner Volkspartei ÖVP (Spitzenkandidat: Außenminister und Parteivorsitzender Sebastian Kurz) sowie die rechtskonservative Freiheitliche Partei FPÖ. Der Österreichische Seniorenbund ÖSB unter Vorsitz von Ingrid Korosec unterstützt die Kandidaten der ÖVP. Erstmals bewerben sich mit dem Polizei-General Karl Mahrer und dem TU-Prof. Dr. Rudolf Taschner zwei Mitglieder des ÖSB um ein Mandat im Parlament. Gertrud Aubauer kandidierte nicht mehr, bleibt aber Vizevorsitzende des Seniorenbundes. Als der ÖSB am 2. September in Wien mit 600 Personen sein 65jähriges Bestehen beging, war auch der Spitzenkandidat der ÖVP, Sebastian Kurz, dabei.

An den Wahlen zum **Abgeordnetenhaus der Tschechischen Republik** am 20./21. Oktober beteiligen sich sieben Parteien. Zwei von ihnen gehören der Europäischen Volkspartei EVP/EPP an: die traditionsreiche Christliche und Demokratische Union / Tschechoslowakische Volkspartei KDU-CSL (Vorsitz: Pavel Belobradek) und die aus ihr abgespaltene konservative Top 09 (Vorsitz: Miroslav Kalousek). Der 2011 von Andrej Babis gegründeten Partei ANO (Akce nespokojených občanů / Aktion unzufriedener Bürger) sagte die Journalistin Hannah Illing (treffpunkteuropa.de) am 22. August bei den Wahlen einen „Platz ganz vorn“ voraus, was „für Europa nichts Gutes bedeuten“ würde. Die der ESU angehörenden Christlichen Senioren Tschechiens SKS unter Vorsitz von Dr. jur. Vaclav Roubal verstehen sich als Teil der KDU-CSL und unterstützen deren Kandidaten.

Südtirol gibt Erfahrungen weiter



Christine von Stefenelli: „Die Initiative verdient überall in Europa Unterstützung“

Mit einer Bürgerinitiative unter dem Titel „Minority Safepack“ will die Südtiroler Volkspartei SVP die guten Erfahrungen mit der Wahrung von Minderheitenrechten allen in Frage kommenden Regionen in Europa vermitteln.

Für die Senioren der SVP sei es eine Selbstverständlichkeit, dieses Anliegen zu unterstützen, erklärte Christine von Stefenelli, ESU-Vizepräsidentin und stellv. Vorsitzende der SVP-Senioren, anlässlich der Unterzeichnung eines Aufrufes, wozu sie sich mit dem Vorsitzenden der SVP-Senioren, Otto von Dellemann (Bildmitte) und Helmuth Renzler, ebenfalls Vizevorsitzender (auf dem Foto links) getroffen hat.

Die im italienischen Autonomiegebiet Südtirol den deutsch- und ladienischsprachigen Bürgern eingeräumte und umgesetzte Recht genießt Vorbildcharakter.

Belarus: Menschenrechtsprojekt gestartet

Dreimal in der Woche haben Bürger aus allen Teilen des Landes die Möglichkeit, sich in der Hauptstadt Minsk mit ihren Sorgen an die Seniorenorganisation „Nashe Pakalene/Unsere Generation“ zu wenden, schreibt Tatjana Zelko, Mitglied des ESU-Exekutivkomitees. Dafür wurde im August ein Büro eröffnet. Von der neuen Einrichtung machen vor allem ältere Personen Gebrauch, die im gesellschaftlichen Leben Benachteiligungen wegen ihres Alters erfahren. Anlässlich des Internationalen Tages der älteren Generation am 1. Oktober wird zum ersten Mal eine Anhörung zum Thema Verweigerung von Menschenrechten stattfinden.

ESU - Kalender

- 2017** 28.-30.September: **München** (DE): „Sicherheit und Vertrauen – Landesgrenzen und Außengrenzen“. V.: Elke Garczyk
13. Oktober: **Lefkosa/Nikosia**: Sitzung des Präsidiums
- 13.-15.Oktober: **Lefkosa/Nikosia** (CY): „Technologie und aktives Altern“. V.: Antonios Demetriades
- 2018** 27.-28.April: **Aachen** (DE): „Älter werden in der Euroregion“ V.: Dr. Gabriele Peus-Bispinck
- 7.- 8.Mai: **Oslo** (NO): „Generationenübergreifende Solidarität“ V.: Sverre Mauritzen

IMPRESSUM

Redaktion: Ulrich Winz (ulrich.winz@web.de)

ESU: Rue de Commerce/Handelsstraat 10, 1000 Brussels; Tel.: +32 2309 2866;
Internet (Website): www.esu-epp.eu; E-Mail: esu@epp.eu; Facebook.com/esu.eu;

Twitter:esu_epp

Redaktionsschluss: 8.9.2017

Eine englische Version ist in Vorbereitung